

20-3**Thüringer Verordnung über Höchstsätze für die Entschädigung der Gemeinderats-, Stadtrats- und Kreistagsmitglieder (Thüringer Entschädigungsverordnung - ThürEntschVO -)****Vom 29. August 1995****Fundstelle:** GVBl 1995, S. 311

Änderungen:

1. §§ 1 und 2 geändert durch Artikel 18 der Verordnung vom 11. Dezember 2001 (GVBl. 2002 S. 92)
 Aufgrund des § 129 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 501), geändert durch Gesetz vom 8. Juni 1995 (GVBl. S. 200), verordnet der Innenminister:

§ 1**Entschädigungshöchstsätze**

(1) Die Entschädigung, die den nach § 23 Abs. 2 Satz 1 oder § 102 Abs. 2 Satz 1 ThürKO gewählten Gemeinderats-, Stadtrats- und Kreistagsmitgliedern zu gewähren ist, kann nach Maßgabe der Hauptsatzung als monatliche Pauschale oder als Sitzungsgeld gezahlt werden. Neben dem Sitzungsgeld ist ein monatlicher Sockelbetrag zulässig.

(2) Die monatliche Pauschale darf folgende Höchstsätze nicht überschreiten:

In Gemeinden, Städten und Landkreisen mit einer Einwohnerzahl

bis	5 000	103 Euro
bis	10 000	154 Euro
bis	50 000	205 Euro
bis	100 000	256 Euro
über	100 000	307 Euro.

(3) Das Sitzungsgeld darf nicht mehr als 26 Euro, in Städten und Landkreisen mit mehr als 50000 Einwohnern nicht mehr als 36 Euro je Sitzung betragen.

(4) Wird neben dem Sitzungsgeld ein Sockelbetrag gezahlt, so dürfen folgende Höchstsätze nicht überschritten werden:

In Gemeinden, Städten und Landkreisen mit einer Einwohnerzahl

	Sockelbetrag	Sitzungsgeld
bis 5000	26 Euro	16 Euro
bis 10000	77 Euro	16 Euro
bis 50000	128 Euro	16 Euro
bis 100000	179 Euro	16 Euro

über 100000

231 Euro

16 Euro."

(5) Sitzungsgelder dürfen gezahlt werden für jede Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderats, des Stadtrats, des Kreistags und der jeweiligen Ausschüsse sowie für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung von Sitzungen des Gemeinderats, des Stadtrats oder des Kreistags dienen. Die Zahl der Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld gewährt wird, darf jährlich das Zweifache der Zahl der Sitzungen des Gemeinderats, Stadtrats oder Kreistags nicht übersteigen. Pro Tag dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gezahlt werden.

§ 2

Berücksichtigung besonderer Funktionen

(1) An die Vorsitzenden der Ausschüsse sowie der Fraktionen kann neben der im Rahmen des § 1 zu zahlenden Entschädigung eine zusätzliche monatliche Entschädigung bis zu folgenden Höchstbeträgen gezahlt werden:

In Gemeinden, Städten und Landkreisen mit einer Einwohnerzahl

bis	5 000	77 Euro
bis	10 000	103 Euro
bis	50 000	154 Euro
bis	100 000	205 Euro
über	100 000	256 Euro.

(2) An das Gemeinderats-, Stadtrats- oder Kreistagsmitglied, dem nach § 23 Abs. 1 Satz 3 oder § 102 Abs. 1 Satz 3 ThürKO der Vorsitz in den Sitzungen des Gemeinderats, Stadtrats oder Kreistags übertragen wurde, kann neben der im Rahmen des § 1 zu zahlenden Entschädigung für jede Sitzung, in der es den Vorsitz führt, ein zusätzliches Sitzungsgeld bis zu der in § 1 Abs. 3 bestimmten Höhe oder eine zusätzliche monatliche Entschädigung bis zu folgenden Höchstbeträgen gezahlt werden:

In Gemeinden, Städten und Landkreisen mit einer Einwohnerzahl

bis	5 000	52 Euro
bis	10 000	77 Euro
bis	50 000	103 Euro
bis	100 000	128 Euro
über	100 000	154 Euro.

(3) Stellvertretenden Ausschußvorsitzenden, stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und den Stellvertretern der in Absatz 2 bezeichneten Gemeinderats-, Stadtrats- oder Kreistagsmitglieder kann neben der im Rahmen des § 1 zu zahlenden Entschädigung für jede Sitzung, in der sie den Vorsitz führen, ein zusätzliches Sitzungsgeld bis zu der in § 1 Abs. 3 bestimmten Höhe gezahlt werden.

§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Thüringer Entschädigungsverordnung vom 23. September 1992 (GVBl. S. 500) außer

Kraft.

Erfurt, den 29. August 1995

Der Innenminister

Dr. Dewes